

\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*

OSKAR WEGGEL

**Quo vadis, Hongkong?**

\*  
\*  
\* \* \* \* \*

**1. Die Renaissance des "1997er-Problems"**

Drei Ereignisse haben 1982 die Zukunft der "Kronkolonie" Hongkong (in chinesischen Organen immer nur mit "Xianggang" wiedergegeben) erneut ins Gespräch gebracht, nämlich eine ZK-Tagung am 13. Februar 1982 in Beijing, bei der Generalsekretär Hu Yaobang die künftige Hongkong-Politik der VR China erläuterte, ferner die Bildung zweier Büros in Beijing (das eine innerhalb des ZK, das andere innerhalb des Staatsrats), die sich ausschließlich mit Hongkong und Macao befassen sollen (1), und drittens der Besuch der britischen Premierministerin Thatcher im September 1982, in dessen Verlauf die Hongkong-Frage mehrere Male angesprochen wurde (2). In Frau Thatchers Begleitung befand sich auch der Gouverneur von Hongkong, Sir Edward Youde.

Frau Thatcher betrachtet die drei im 19. Jhd. von Großbritannien und China unterzeichneten Verträge über Hongkong als nach wie vor "gültig" und erwähnte die "moralische Verantwortung" Großbritanniens gegenüber den Einwohnern Hongkongs (3). In beiden Punkten widersprachen die chinesischen Verhandlungspartner energisch. Das chinesische Außenministerium erklärte am 27. September 1982 wörtlich: "Xianggang ist Teil des chinesischen Territoriums. Die Verträge über Xianggang, die früher von der Regierung der chinesischen Qing-Dynastie und der britischen Regierung abgeschlossen wurden, sind ungleiche Verträge, die das chinesische Volk nie akzeptiert hat. Der konsequente Standpunkt der Regierung der VR China ist es, sich nicht von diesen ungleichen Verträgen binden zu lassen und, wenn die Bedingungen reif dafür sind, das ganze Gebiet Xianggang zurückzugewinnen.

China und Großbritannien hoffen aber, die Prosperität und Stabilität Xianggangs aufrechtzuerhalten, und werden zu diesem Zweck Diskussionen auf diplomatischer Ebene führen" (4).

Gegen Frau Thatchers Erklärung von der "Gültigkeit" der drei Verträge demonstrierten im übrigen auch Hongkonger Studenten am 28. September (5) - hier hatte Beijing offensichtlich die Hand im Spiel.

Die Hongkong-Frage war durch die unmißverständlichen Äußerungen Frau Thatchers ("Thatcher's stubbornness") (5a) unnötig verschärft. Es dauerte ein halbes Jahr, ehe die Scherben wieder aufgesammelt waren. Inzwischen ist wieder ein ruhiger Ton in die Verhandlungen gekommen.

Erste Gesprächsrunde waren die oben erwähnten Beijinger Verhandlungen Frau Thatchers. Die zweite Gesprächsrunde fand am 12. und 13. Juli in Beijing statt und die dritte Runde am 25. und 26. Juli.

Die chinesische Seite legte von vornherein Wert darauf, daß die Vertreter der britischen Kolonialverwaltung nicht als Repräsentanten der Bevölkerung Hongkongs, sondern nur als solche der britischen Regierung betrachtet würden (6). Die sechsköpfige chinesische Regierungsdelegation bestand deshalb aus drei Mitgliedern der Westeuropa-Abteilung, einem Vizeaußenminister (Yao Guang), einem Rechtsberater des Außenministeriums und - man beachte das protokollarische Filigran! - aus dem 2. Direktor des Hongkong-Büros der Xinhua-Nachrichtenagentur (7).

Die Gesprächsergebnisse wurden vereinbarungsgemäß geheimgehalten. So viel wurde aber bekannt, daß die chinesische Seite es als wünschenswert bezeichnete, die Verhandlungen bis spätestens September 1984 abzuschließen. Die Zahl der dazu nötigen Sitzungen ist bisher nicht festgelegt worden.

Da auch in nächster Zeit keine Einzelheiten bekanntgegeben werden dürften, muß es erlaubt sein, eigene Überlegungen zu den möglichen Optionen anzustellen.

**2. Welche Zukunftsentwicklungen sind denkbar? Sieben Szenarios**

Theoretisch denkbar sind sieben Szenarios, von denen freilich aller Wahrscheinlichkeit nach nur ein einziges in Betracht kommt.

Szenario Nr.1:

Es bleibt beim Status quo

Konsequenzen müssen hier nicht aufgezeigt werden, da das Leben in Hongkong in diesem Fall genauso weiterginge, wie es sich in den letzten 85 Jahren eingespült hat.

Für China kommt eine solche Option nicht in Betracht, wie aus dem obigen Zitat des Außenministeriums zu entnehmen ist. Die damalige Erklärung brachte der Sache nach nichts Neues, zerstörte aber Illusionen, die nicht ohne Zutun der britischen Regierung jahrelang genährt worden waren. "Neu" war allenfalls die Beijinger Absicht, alle drei Teile der Kronkolonie zurückzuerlangen. "Hongkong" besteht ja genommen aus drei Territorien, die durch drei verschiedene Vertragswerke an Großbritannien übertragen worden waren:

- Durch den Vertrag von Nanjing (29.8.1842), der dem 1. Opiumkrieg folgte, trat das gedemütigte Qing-China die Insel Hongkong an Großbritannien ab - für immer.

- Aufgrund der "Konvention von Beijing" (24.10.1860) - Ergebnis des sog. "2. Opiumkriegs" von 1856 - ging die Halbinsel Jiulong ("Kowloon", wörtlich "Neun Drachen") an Großbritannien, ebenfalls ohne zeitliche Beschränkung, über.

- 1898 nutzte London die erneute Schwäche Chinas, das gerade wieder einen Krieg - diesmal gegen Japan (1894) - verloren hatte, und erreichte die "Verpachtung" der nördlich an Jiulong anschließenden "New Territories" auf 99 Jahre bis 1997 (Konvention vom 9.6.1898).

Alle drei Verträge werden, wie bereits erwähnt, von der Volkspublik als "ungleich" und damit als nichtig betrachtet, während die englische Premierministerin nach wie vor von ihrer "Gültigkeit" ausgeht.

Neuverhandlungen sind also unumgänglich (8).

Szenario Nr.2:

Die "Falkland-Lösung"?

Schon der Gedanke an ein militärisches Eingreifen Großbritanniens gegen die VR China erscheint absurd, zumal China die "Kolonie" auch mit nichtmilitärischen Mitteln innerhalb weniger Tage (Nichtbelieferung mit Lebensmitteln, Abschaltung von Strom und Wasser etc.) in die Knie zwingen könnte.

Szenario Nr.3:Volksentscheid der Hongkonger Bevölkerung?

Eine solche Abstimmung liefe, wie Regierung und Presse in Hongkong meinen, am Ende wohl auf den Status quo hinaus (9) - und könnte insofern den Briten durchaus recht sein. Hier jedoch machen sie die Rechnung ohne den Wirt: Beijing will weder in der Taiwan- noch in der Hongkong-Frage einen Volksentscheid herbeiführen; es wird wissen, warum es sich so verhält - und dies, obwohl es das Selbstbestimmungsrecht vor der UNO grundsätzlich anerkannt hat und seine Verwirklichung fast tagtäglich fordert! Das "Gangren zhigang" ("Hongkonger regieren Hongkong") bleibt ein ferner Traum!

Szenario Nr.4:Gemeinsame chinesisch-britische Verwaltung als Übergangslösung?

Hier wäre ein Vorgehen nach dem Muster der Panamakanal-Vereinbarungen von 1978 denkbar. Zwischen den USA und Panama wurden damals zwei Verträge abgeschlossen - einer über die politischen und technischen Modalitäten der Panamakanal-Durchfahrt, der andere über das bilaterale Verhältnis zwischen den USA und Panama. Während der Übergangsperiode soll eine "Joint Commission", bestehend aus vier Amerikanern und vier Vertretern Panamas, für die Kanalverwaltung zuständig sein.

Ließe sich dieses Schema nicht analog auf Hongkong übertragen? (10)

Im Zweifel wäre eine solche Lösung nicht mit den höchst empfindsamsten Souveränitätsvorstellungen Chinas vereinbar.

Szenario Nr.5:"Internationalisierung" Hongkongs als Übergangslösung?

Hongkong ist der Sitz Hunderte von ausländischen Firmen und chinesischen Geschäftsbetrieben. Es paßt zur Struktur der VR China wie "die Faust aufs Auge". Wer einmal im Anschluß an einen längeren Aufenthalt in der Volksrepublik nach Hongkong kommt, wird diese Erfahrung spontan bestätigt finden - auch wenn er selbst aus der "kapitalistischen Welt" kommt. Gesellschaftlich und politisch gesehen ist Hongkong also etwas ganz anderes als die Volksrepublik.

Ließen sich Hongkong und Macao also nicht in der Weise "internationalisieren", daß beispielsweise eine UNO-Organisation anstelle der britischen Verwaltung träte?

Seit ihrem Beitritt zur UNO forderte die Volksrepublik beharrlich die Streichung Hongkongs und Macaos aus der Liste der "Gebiete ohne Selbstregierung" - und zwar mit dem Argument, daß es sich dabei um Gebiete "gänzlich innerhalb Chinas souveräner Rechte" handle. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Die Wiedergewinnung der Souveränität gilt nach wie vor als "heiliges Recht Chinas". Hier sei kein Raum für Kompromisse (11).

Szenario Nr.6:Fortsetzung der britischen Verwaltung von Beijings Gnade als Übergangslösung?(Das Macao-Modell)

Diese Option liefe, wenn sie ernst gemeint sein sollte, weitgehend auf eine Fortsetzung des Status quo hinaus - und erinnerte an das Macao-Schema.

Im Gegensatz zu Hongkong gilt das 16 qkm große Macao heute nicht mehr als Kolonie; es laufen keine "Pachtverträge" mehr ab und es gibt keine juristischen Probleme. Eine Abordnung der linken Militärjunta, die im April 1974 in Portugal die Macht übernommen hatte, bot der Regierung in Beijing damals die Rücknahme Macaos - soz. auf "silbernem Tablett" - an, stieß dort jedoch auf keine Gegenliebe. Lissabon schloß sich daraufhin 1976 in seiner Verfassung dem chinesischen Standpunkt an und erklärte Macao zum "chinesischen Territorium unter portugiesischer Verwaltung". Damit kam es zu einer neuen Arbeitsteilung: "Die Portugiesen verwalten und repräsentieren, die Chinesen kassieren" und haben die Souveränität in der Hand (12). Über ein Netz von Berufsverbänden kontrolliert Beijing das Leben der Arbeiter in Macao. Mit Ausnahme des portugiesischen Weins kommen fast alle Nahrungs-Genuß- und Konsummittel aus der Volksrepublik - vermittelt über die Handelsgesellschaft Nam Kwong, deren Chef niemand anders als der Multimillionär und NVK-Abgeordnete He Yin ist.

Britische Verwaltung von Chinas Gnaden nach dem Macao-Modell - diese Vorstellung ist mit dem britischen Selbstverständnis vermutlich kaum vereinbar - zumindest nicht mit dem des Kabinetts Thatcher.

Szenario Nr.7:Die Volksrepublik übernimmt die Alleinregierung

Diese nach Lage der Dinge wahrscheinlichste Option bedarf einer etwas eingehenderen Erläuterung.

Theoretisch sind hier zwei verschiedene Zukunftsszenarios denkbar, nämlich entweder die Angleichungslösung (Formel: ein Staat = ein Gesellschaftssystem) oder aber eine Sonderlösung (Formel: ein Staat = zwei Gesellschaftsordnungen). (Die Einzelheiten unter 3.)

**3.****Hongkong - "Sonderverwaltungsgebiet" und "zwei Gesellschaftssysteme"**

Die "Angleichung" würde dazu führen, daß das bis auf die Knochen über kurz oder lang mit dem sozialistischen Eigentums- und Managementsystem der Volksrepublik überzogen würde, das ja nicht nur den meisten ausländischen Unternehmen unzumutbar erscheinen müßte, sondern das selbst der heutigen chinesischen Führung, wie die Diskussionen der letzten drei Jahre gezeigt haben, nicht mehr so ganz geheuer - und daher reformierungsbedürftig - ist.

Die Angleichungslösung kommt aber auch deshalb nicht in Betracht, weil Hongkong ein gegenüber der Volksrepublik abgekapseltes Gemeinwesen ist, wie es so recht den Vorstellungen der chinesischen Tradition vom Verhältnis zwischen Inländern und Ausländern entspricht. Schon das sog. "Kanton-System", das -Ende des 18.Jhdts. etabliert - bis zum Opiumkrieg funktionierte und in dessen Rahmenwerk die Chinesen die Ausländer auf Armlänge hielten, ohne daß sie deshalb weggestoßen wurden, war eine Konkretisierung jener Innen-außen-Dialektik, wie sie den chinesischen "Gleichgewichtsvorstellungen" entsprach. Die Ausländer sollten sich - immer innerhalb des Rahmenwerks der chinesischen Gesetze und der chinesischen Souveränitätsvorstellungen - selbst regieren und sollten außerdem, soweit möglich, nur über institutionalisierte Kanäle mit China in Beziehung treten. Dieser "Einrahmungsgedanke" funktionierte übrigens bei den Auslandsgemeinden der Chinesen (man denke an die Chinatowns oder an die "Congrégations" im ehemaligen Französisch-Indochina) ebenfalls hervorragend. Man erwartet chinesischerseits, daß sich Ausländer, wo immer sie mit China in Beziehung treten, ähnlichen Rahmenwerken unterwerfen. In jedem Fall sollen sie es akzeptieren, daß Mauern um sie herum gezogen werden - seien es nun physische oder psychische. Dies gilt auch für solche Ausländer, die der chinesischen Sprache mächtig

sind, also eigentlich auf keine Sonderbehandlung angewiesen wären. Wie sich diese "Ummauerung" in der Praxis ausnimmt, wissen ausländische diplomatische Vertreter, Journalisten oder Kaufleute zu berichten, die in Beijing oder Wuhan oder Shanghai leben. Die "Abmauerung" soll allumfassend sein und u.a. auch persönliche Beziehungen zwischen Ausländern und Inländern unmöglich machen. Lediglich funktionelle Kontakte sind erlaubt und normal; alles was darüber hinausgeht, bedarf der Sondergenehmigung oder aber wird, wo immer möglich, verhindert.

Wenn umgekehrt die "Mauern" hoch genug sind, so kann sich innerhalb des "Käfigs" das Eigenleben weitgehend unbeeinflusst entfalten: je höher die Mauern, umso größer die Freiheit in ihrem Weichbild. Dies gilt nicht zuletzt für die vier seit 1979 neu gegründeten "Wirtschaftssonderzonen" von Shenzhen (nördlich an Hongkong anschließend), Zhuhai (an Macao anschließend), Shantou (ebenfalls Hongkong nahe) und Xiamen (Amoy in der Provinz Fujian). Für diese Zonen wurden inzwischen Sonderverwaltungsregelungen aufgestellt. Auch sollen sie mit Mauern umgeben werden, auf daß sich der "Kapitalismus" dort zum Wohle Chinas "austoben" kann.

In der neuen Verfassung vom 4. Dezember 1982 wurde eine neuartige Bestimmung eingebaut (Art.31), der folgenden Wortlaut hat: "Der Staat kann, wenn nötig, Sonderverwaltungsgebiete einrichten. Die in den Sonderverwaltungsgebieten einzurichtenden Systeme sollen vom Nationalen Volkskongreß den gegebenen Verhältnissen entsprechend gesetzlich festgelegt werden."

Kein Zweifel, daß diese Bestimmung nicht nur für die genannten vier Sonderverwaltungsgebiete gilt, sondern auch für ein künftig nicht mehr unter britischer Verwaltung stehendes Hongkong - höchstwahrscheinlich auch für ein künftig wieder in die Volksrepublik eingegliedertes Taiwan.

Die "Mauer" macht es möglich, daß zwei Arten von Gesellschaftssystemen nebeneinander in einem Land bestehen können, nämlich die sozialistische in der eigentlichen Volksrepublik und das "kapitalistische" in Hongkong. Diese Simultanmethode sei, wie Generalsekretär Hu Yaobang betont, schon von Lenin gegen den Widerstand Trotzki mit dem Argument verteidigt worden, daß es gelte, "mit dem internationalen

Kapital auf Tuchfühlung zu bleiben" (13).

Daß das Schiff Hongkong auf diese Lösung zusteuern soll, hat das chinesische ZK bereits im Februar 1982 deutlich gemacht, als folgende fünf Grundsätze formuliert wurden:

- Die Souveränität über Hongkong und Macao soll an China zurückfallen.
- Es sollen "zwei Arten von Gesellschaftssystemen nebeneinander bestehen" bleiben - wie oben erwähnt.
- Das bisherige Hongkonger Wirtschafts-, Gesellschafts- und Kultursystem soll nicht wesentlich gegenüber dem bisherigen Zustand geändert werden.
- Die Hongkong- und die Macao-Frage sei nach dem gleichen Schema zu lösen wie die Wiedervereinigung mit Taiwan.
- Einzuführen sei ferner das sog. "Konzessionssystem", dessen Einzelheiten zwar nicht erläutert wurden, das sich aber gleichwohl mit einiger Phantasie konkretisieren läßt. Man vergleiche Hongkong mit einem Gebäudekomplex: Davon ließen sich dann theoretisch entweder Gebäude für Gebäude, ja sogar Stockwerk für Stockwerk oder aber der gesamte Komplex in einem verpachten. Ersteres wäre eine Maximallösung zugunsten Chinas, letzteres die Optimallösung für ausländische Investoren.

Es gibt Beobachter, die ihre Zweifel anmelden, ob tatsächlich zwei verschiedene Gesellschaftssysteme erlaubt sein werden. Ein Kommentator des "Asian Wallstreet Journal" (14) verweist auf Art.5 und 6 sowie auf die Präambel der Verfassung von 1982. Aufgrund der Präambel werde der "Klassenkampf... gegen die Ausbeuter... in unserem Land noch für eine lange Zeit fortbestehen". Nach Art.5 dürfe kein Gesetz und keine lokale Verordnung oder Vorschrift im Widerspruch zur Verfassung stehen; und nach Art.6 sei "Grundlage des sozialistischen Wirtschaftssystems der VR China das sozialistische Gemeineigentum an den Produktionsmitteln, d.h., das Volkseigentum und das Kollektiveigentum der werktätigen Massen". Durch das sozialistische Gemeineigentum soll das "System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft" werden. Die Bedeutung des Art.31 werde durch solche Bestimmungen ganz erheblich eingeschränkt. Auch Art.33, der die Gleichheit aller Bürger der VR China vor dem Gesetz festlegt, verlange eine restriktive Interpretation des Art.31.

Dies sind juristische Argumente, die im chinesischen Kontext noch selten "gezogen" haben; auch wird nicht zu befürchten sein, daß ein chinesisches Verfassungsgericht eines Tages die Unvereinbarkeit des Art.31 mit den anderen hier zitierten Bestimmungen feststellt und infolgedessen die Sonderverwaltungsregelung aufhebt - es gibt ja kein chinesisches Verfassungsgericht!

Bei seiner Sitzung am 13. Februar 1982, bei der diese fünf Grundsätze beschlossen wurden, machte das ZK auch klar, daß das Jahr 1997 das Ende der britischen Kolonialverwaltung und den Beginn der chinesischen Übernahme mit sich bringen werde. In diesem Jahr sollen ferner nicht nur die New Territories, sondern auch die "auf ewig verpachteten" Gebiete Hongkong und Kowloon in die "vollständige Souveränität" Chinas zurückfallen. Dasselbe gilt ceteris paribus für Macao (15).

Lange Zeit sollte die "Wiedervereinigungsfrage" (d.h. die "Rückkehr" Taiwans ins Mutterland) vor der Hongkong-Frage gelöst werden. Seit Februar 1982 hat man sich nun zu einem umgekehrten Fahrplan entschlossen (16), um den Landsleuten in Taiwan durch ein attraktives Beispiel Mut einzuflößen - eine dem chinesischen "Modell"-Denken höchst angemessene Methode! Soll die Wiedervereinigung mit Hongkong Zugkraft auf Taiwan ausüben, so darf sie am Ende nicht allzu hart ausfallen! Im übrigen werden in diesem Zusammenhang auch Zeitvorstellungen für den Wiedervereinigungsfahrplan mit Taiwan deutlich.

#### 4. Was soll anders werden?

In welcher Art und Weise nun will China von 1997 an die "volle Souveränität" ausüben?

Bisher werden folgende Elemente erwogen:

- Das politische System Hongkongs sei abzuändern. Der britische Gouverneur werde durch einen chinesischen, der heutige Gesetzgebungsapparat durch einen Volkskongreß ersetzt. Anstelle der Hongkong-Flagge trete die chinesische oder aber die Hongkong-Flagge ohne die britischen Symbole. Bei den Verwaltungsorganen sollen die Spitzen der einzelnen Abteilungen ausgewechselt werden. Der Stab bleibt aber soweit wie möglich unangetastet.

- Was die Gesetzgebung angeht, so sollen die bisherigen Gesetze grundsätzlich beibehalten werden. Es solle auch keine Ver-

folgung politischer Feinde stattfinden. Gegen Schwerverbrecher allerdings werde die Todesstrafe eingeführt.

- Auf wirtschaftlichem Gebiet soll Hongkong das bleiben, was es heute ist, nämlich ein Freihafen und ein separates Währungsgebiet, das vom chinesischen Renminbi unabhängig ist.

- Im kulturellen Bereich schließlich sollen die heutigen Freiheiten beibehalten werden, und zwar nicht nur die Religions- und Pressefreiheit, sondern auch die Freizügigkeit. Hongkong soll m.a.W. "weltoffen" bleiben. Nur die Pferderennen seien - als ungesunde koloniale "Entgleisung" - zu verbannen (in Beijing sind offensichtlich die zahllosen Sozialeinrichtungen, die gerade vom Hongkonger Jockey-Club erstellt wurden - wie z.B. die zahlreichen Resettlement Areas - bisher noch nicht so recht gewürdigt worden). (17)

## 5.

### Will Beijing ein Huhn schlachten, das goldene Eier legt?

Anders als seinerzeit bei der Rückgewinnung von Portugiesisch-Goa durch Indien sind in China keine Heißsporne am Werk, sondern alte Männer, die im ZK und Politbüro seit Jahrzehnten gewohnt sind, Vorteile und Nachteile unter langfristigen Perspektiven kühl abzuwägen. Kein Zweifel, daß sie die unschätzbaren Vorteile Hongkongs für die Modernisierung der VR China zu schätzen wissen und daß sie dafür sorgen werden, daß Hongkong das bleibt, was es auch heute ist, nämlich eine weltoffene Stadt, ein Touristenmekka, eine Kleinfabrik, eine Wechselstube, eine Kontaktzone, eine Deviseneinnahmequelle, ein Klassenzimmer für chinesische Kader, eine Handelsdrehscheibe und Makler ausländischer und chinesischer Interessen. Am 1. Juli 1997 wird also keineswegs, wie in ausländischen Kommentaren häufig befürchtet, der Bambusvorhang sang- und klanglos vor Hongkong niedergehen. Eine solche Abschließungspolitik läge im übrigen auch gar nicht auf der Linie jenes Kurses der "Öffnung nach außen", den China seit nunmehr vier Jahren mit so viel Verve betreibt.

Zwei große Befürchtungen werden in der ausländischen Presse manchmal angesprochen:

- Zum einen heißt es, daß das Schicksal von 5,5 Millionen Einwohnern Hongkongs und 300.000 Einwohnern Macaos auf dem Spiele stehe.

Dieser Einwand ist etwas zu undifferenziert: Da nämlich die ganz Reichen ihren Absprung - für den Fall des Falles - gesichert und die Armen von einer volksrepublikanischen Machtergreifung kaum etwas zu befürchten haben, wäre es im wesentlichen nur der rührige - und für die blühende Wirtschaft Hongkongs freilich ganz ausschlaggebende - neue Mittelstand, der am Ende betroffen sein könnte und der sich ernsthaft die drei Fragen nach der Gültigkeit der alten Verträge, nach der Dauer des Status quo und nach der Art und Weise der "Rückkehr ins Vaterland" stellen müßte.

Angesichts der neuen unternehmerfreundlichen Reformpolitik der Volksrepublik allerdings ist es ganz unwahrscheinlich, daß der Hongkonger Mittelstand in Mitleidenschaft gezogen wird. China wird sich ganz gewiß nicht ins eigene Fleisch schneiden wollen!

- Eine zweite Besorgnis geht dahin, daß das Kapital aus Hongkong abzufließen beginnt (die "Finanzmärkte sind nervös geworden!") und daß vor allem Nachbarn wie Singapur, Thailand und die Philippinen aus der allgemeinen "Torschußpanik" Kapital zu schlagen versuchen (18). Zahlen über eine Kapitalflucht größeren Ausmaßes sind bisher nicht bekannt geworden.

In der Praxis zeigt sich bisher weder übertriebener Optimismus noch eine "tiefe Vertrauenskrise" (19). Auf der einen Seite setzen Weltfirmen ihre Investitionstätigkeit in Hongkong beharrlich fort, so z.B. ESSO, Kaiser Cement und Dow Chemical (20). Auch die Regierung läßt sich in ihren Zukunftsüberlegungen kaum beeinträchtigen. Was den Wohnungsbau angeht, so sollen sich die Gesamtausgaben der Kronkolonie für die nächsten zehn Jahre, also bis 1993, auf rund 100 Mrd. H\$ (ungefähr 40 Mrd. DM) belaufen. Zwischen 1982 und 1987 sollen jährlich mehr als 40.000 Wohnungen gebaut werden. Auch ist Hongkong dabei, den größten Containerterminal der Welt zu bauen - um hier nur eines der vielen repräsentativen Großprojekte auf dem Reißbrett zu erwähnen (gleichzeitig soll im benachbarten Macao ein neuer internationaler Flughafen entstehen, der gerade von der deutschen FAG-Gruppe geplant wird).

Auf der anderen Seite scheint Hongkong das Wettrennen auf einem so wichtigen Gebiet wie der Errichtung eines "Financial Futures Market" verloren zu haben. Seit einiger Zeit hatte in

diesem Bereich ein hartes Wettrennen zwischen Singapur und Hongkong stattgefunden. Es geht hier um einen Markt, der von den Zeitunterschieden zwischen USA und Asien profitiert, wobei der Londoner LIFFE (London International Financial Futures Exchange) als Vorbild dient. Mehrere internationale Banken haben sich inzwischen offensichtlich für Singapur entschieden, wobei allerdings nicht nur die "Anxiety about 1997" (21) die Hongkonger Position schwächte, sondern wohl mehr noch die Enttäuschung ausländischer Partner angesichts verschiedener Irregularitäten mehrerer Hongkonger Finanzinstitutionen (22).

Im Mai 1983 sank zwar ferner der Hongkong-Dollar auf einen Tiefstrekord (Stand H\$ 71 zu US\$ 1 am 28.5.). Darunter litt auch der Hongkonger/chinesische Handel. Nun aber geschah etwas Merkwürdiges. Die in Hongkong stationierte Bank of China schaltete sich nämlich als Rekordaufkäufer von Hongkong-Dollars ein, um auf diese Weise die lokale Währung zu stützen! (23)

Hongkong ist nach New York und London der drittgrößte Finanzplatz der Welt. Auch in der Reederei steht es an dritter Stelle. Es ist eine Drehscheibe des asiatischen Luft- und Seeverkehrs, und es steht auf der Weltrangliste der Außenhandelsnationen an 20. Stelle. Sein Handelsvolumen übertrifft dasjenige Chinas und Taiwans; im Außenhandel pro Kopf übertrifft Hongkong selbst die Bundesrepublik! In Asien hat Hongkong hinter Japan und Singapur das drittgrößte Pro-Kopf-Einkommen - Ergebnis der Exportindustrie und der Einkommen aus dem Finanz- und Dienstleistungssektor.

Von all dem profitiert China. Nicht nur stellt die Hongkonger Geschäftswelt den Löwenanteil aller bisherigen Joint-Venture-Partner und der Investoren in den Wirtschaftssondergebieten; darüber hinaus erzielt die Volksrepublik im Austausch mit Hongkong gewaltige Gewinne: Allein die Überweisung von Hongkonger Bürgern an ihre Verwandten in China belaufen sich z.Zt. jährlich auf schätzungsweise 800-900 Mio. US\$. Weitere 900 Mio. verdient die Volksrepublik aus Exporten von der Provinz Guangdong in die Kronkolonie. Als dritter Bestandteil der Gewinne sind schließlich noch 1,1 Mrd. US\$ aus Verkäufen anderer chinesischer Provinzen an die Kronkolonie zu nennen, so daß hier allein eine Summe von mindestens 2,8 Mrd. \$ zusammen-

kommt. Diese Zahlen stammen vom Vizegouverneur der Provinz Guangdong, Zheng Dingshi. Freilich sind damit noch nicht sämtliche Posten genannt. Zheng schätzt, daß die Geschäfte mit Hongkong ungefähr 20-30% der "Gesamtgewinne" Chinas aus dem "jährlichen Außenhandel" erbringen. Diese Angabe ist zu ungenau, als daß sich daraus konkrete Zahlen ableiten ließen (24). Gleichwohl ist die Frage gestattet, ob Beijing wirklich so töricht sein sollte, im Zeitalter der "Modernisierung" eine Goldgrube zuzuschütten.

Es waren bisher "zehn Hauptingredienzien", die für den Hongkonger Erfolg maßgebend waren, nämlich freies Unternehmertum, Preisgestaltung durch den Markt, Freizügigkeit, weltweite Vermarktung, ein liberales Rechtssystem, Informationsfreiheit, freier Geldtransfer, unabhängige Währung, effiziente Finanzinstitutionen und ein unkompliziertes Steuerrecht (25).

Die VR China wird sich hüten, hier mit hölzernen Fingern einzugreifen - sie weiß um die Zerbrechlichkeit des Vertrauens.

Andererseits wird sie überall dort hart zufassen, wo es um die "großen politischen" und um Sicherheitsbelange geht. Hongkong wird also z.B. kaum je Anlaufstation für sowjetische Marineeinheiten werden; keine andere Macht wird sich der günstigen strategischen Situation der Insel und ihres taifunsicheren Tiefseehafens bedienen können, wenn China es nicht ausdrücklich gestattet.

## 6.

### Das chinesische "Gesicht"

Die Führung in Beijing will schließlich auch nicht so recht begreifen, warum zahllose Ausländer einerseits voll optimistischer Erwartungen Joint Ventures mit chinesischen Firmen eingehen und in die neueingerichteten "Wirtschaftssoonderzonen" von Shenzhen und Zhuhai strömen, warum sie aber andererseits Angst vor der Umwandlung Hongkongs in eben eine solche "Wirtschaftssoonderzone" haben. Der Sand läuft ja keineswegs aus, und es ist auch keineswegs so, daß sich Investitionen bis 1997 unbedingt amortisiert haben müssen: Das Geschäftsleben geht auch danach weiter! Notfalls könnte ja die Staatliche Chinesische Versicherung befürchtete Risiken abdecken. Im übrigen sollte man doch Vertrauen haben. "Vertrauen" - dies ist in der Tat das Schlüsselwort, das von chinesischer Seite

immer wieder hervorgeholt wird.

Beim Ziel der chinesischen Hongkong-Politik - nämlich der "Wiedererlangung der vollen Souveränität" - geht es ums Gesicht, das in der chinesischen Politik eine so ungemein wichtige Rolle spielt; hier läßt man nicht mit sich "spaßen". Bei den Modalitäten allerdings wird China wahrscheinlich höchst flexibel sein - vielleicht noch "weicher" als bei seiner Shenzhen-Politik!

### Anmerkungen:

- 1) Vorsitzender des Hongkong-Macao-Büros im Staatsrat war der gerade verstorbene Liao Chengzhi.
- 2) C.a., September 1982, Ü 1.
- 3) XNA, 1.10.82.
- 4) XNA, 1.10.82.
- 5) XNA, 29.9.82.
- 5a) FEER, 9.6.83, S.42.
- 6) XNA, 13.7.83.
- 7) XNA, 12.7.83.
- 8) Ming Bao, 28.9.82.
- 9) So AWSJ, 13.8.82.
- 10) So der Vorschlag in AWSJ, 29.10.82.
- 11) Zur Internationalisierung South China Morning Post, 8.12.82.
- 12) So Verena Stern, Die Welt, 16.8.82.
- 13) Zit. nach Cheng Ming, 1.8.82.
- 14) AWSJ, 12.7.83.
- 15) Hongkong Xinbao, 21.9.82, zit. nach SWB, 22.9.82.
- 16) SWB, 23.9.82.
- 17) Interview der Hongkonger Zeitung Bai Xing mit einem ungenannten "hohen Kader" des chinesischen Außenhandelsministeriums, in SWB, 23.9.82.
- 18) In diesem Sinne beispielsweise Die Welt, 3.12.82.
- 19) Letzteres behauptet allerdings FEER, 2.6.83, S.23.
- 20) AWSJ, 23.7.82.
- 21) AWSJ, 30.5.83.
- 22) So NZZ, 20.7.83.
- 23) AWSJ, 30.5.83.
- 24) AWSJ meint, daß diese Gesamtgewinne bei 25 Mrd.US\$ liegen. 5-7,5 Mrd.US\$ wären demnach der Hongkonger Beitrag für das chinesische Budget (18.2.83), das sich i.J. 1982 auf 110,69 Mrd.Yuan (BRU 1983, Nr.3, S.15) belief, also auf rund 55 Mrd.US\$. Das Budget würde m.a.W. mit über 10% aus dem Hongkong-Geschäft finanziert - eine bei weitem überzogene Schätzung!
- 25) AWSJ, 30.12.82.

\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*

YU-HSI NIEH

## Menschenrechte in Taiwan

### unter einer "Kriegsrecht-

### Demokratie"

\*  
\*

\*\*\*\*\*

Am 9. Dezember des vorigen Jahres, dem Vorabend des Internationalen Menschenrechtstages 1982, hat die "Chinesische Menschenrechtsvereinigung" in Taipei (Taipei) einen Bericht über den Zustand der Menschenrechte in Taiwan veröffentlicht (1). Dieser Bericht besteht aus vier Teilen, die jeweils die politischen, die wirtschaftlichen, die sozialen und die kulturellen Menschenrechte betreffen. Vier Universitätsinstitute haben im Auftrag des genannten Menschenrechtsorgans zwischen Dezember 1981 und Dezember 1982 je in einem Bereich eine demographische Arbeit durchgeführt. Die Fakultät für politische Wissenschaft an der Donghai (Tunghai)-Universität hatte die politischen Menschenrechte, das Institut für Volkswirtschaft an der Zhengchi (Chengchi)-Universität die wirtschaftlichen Menschenrechte, die Fakultät für Soziologie an der Zhongxing (Chunghsing)-Universität die sozialen Menschenrechte und das Pädagogische Institut an der Lehrerausbildungsuniversität (Shifan Daxue) die Menschenrechte im Kultur- und Bildungswesen ermittelt.

In der Presse Taiwans wurde über die Untersuchungsergebnisse der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte nur kurz berichtet. Allgemein wurden die Menschenrechte hinsichtlich der Lebensunterhaltungsgewährung, Gleichberechtigung von Arbeits-, Berufsbildungs- und Berufsförderungschancen, Arbeitszeit und Freizeit sowie des Rechtsschutzes für Einkommen und Vermögen von den Befragten positiv beurteilt. Schlechte Noten bekamen der Umweltzustand und der Verbraucherschutz. In der Beurteilung über die Praxis gleiche Arbeit - gleicher Verdienst, über das Rentensystem sowie die Steuerbelastung überwogen die negativen Stimmen unter den Befragten die positiven.